

Einfache Anfrage Hermann-Rebstein vom 4. November 2004
(Wortlaut anschliessend)

Volksabstimmung über den Fonds «Zukunft St.Gallen»

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. November 2004

Urs Hermann-Rebstein stellt in einer Einfachen Anfrage vom 4. November 2004 Fragen zur Volksabstimmung über den Fonds «Zukunft St.Gallen» vom 28. November 2004. Im Besonderen möchte er wissen, ob Steuergelder für den Abstimmungskampf eingesetzt werden.

Die Regierung antwortet wie folgt.

Der Fonds «Zukunft St.Gallen» bildet die Voraussetzung für die Umsetzung wichtiger Vorhaben der Standortentwicklung. Das Bestreben, mit dem Fonds den finanzpolitischen Spielraum für wegweisende Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Kultur zu schaffen, ist Ausfluss der im Jahr 2002 eingeleiteten Standortoffensive. Das Geschäft wurde von Regierung und Parlament mit viel Sorgfalt und grosser Energie vorbereitet. Die Regierung setzt sich aktiv für die Vorlage ein, weil der Fonds eine grosse Chance für die Entwicklung des Kantons St.Gallen bietet.

Die erwähnte Standortoffensive umfasst unter anderem auch die Image-Kampagne »St.Gallen kann es.«. Das Motto «St.Gallen kann es.» wird in breiten Kreisen positiv aufgenommen und schafft Identifikation über die Grenzen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hinweg. Die Regierung freut sich, wenn das Motto auch von Dritten aufgenommen und weitergetragen wird.

Die Regierung steht zu ihrem Engagement für den Fonds «Zukunft St.Gallen». Mit Blick auf die Propaganda der Gegnerinnen und Gegner, die zum Teil bewusst tatsächliche Bilder und Suggestionen einsetzt, ist eine aktive Information durch die Regierung unerlässlich. Auch nehmen Mitglieder der Regierung seit jeher im Rahmen von Veranstaltungen und Anlässen zu aktuellen Abstimmungsvorlagen Stellung, wenn Bedarf dafür besteht, und sie werden es auch inskünftig so halten.

Die Frage nach dem Einsatz von Steuergeldern im Abstimmungskampf kann die Regierung mit einem klaren Nein beantworten: Sie hat weder für das Komitee «Ja zu Zukunft St.Gallen» noch für weitere Abstimmungsaktivitäten zu Gunsten des Zukunftsfonds Gelder gesprochen.

16. November 2004

Wortlaut der Einfachen Anfrage 61.04.28

Einfache Anfrage Hermann-Rebstein: «Einsatz von Steuergeldern im Abstimmungskampf zum Zukunftsfonds?»

Für die Abstimmung vom 28. November 2004 wird ein aufwändiger Abstimmungskampf für den Zukunftsfonds geführt. Der Abstimmungskampf wird mit einem ähnlichen Slogan «St.Gallen will es» wie die Imagekampagne geführt. Nebst Folien und Argumentarium ist eine grossflächige

dreiteilige Plakatserie geplant. Seit Monaten werden auch verschiedenste Veranstaltungen durchgeführt.

Das Komitee «Ja zu Zukunft St.Gallen» wird vom CVP-Parteisekretär A. Nagel geleitet, der als Stützpunktleiter amtiert. Verschiedentlich sind auch Regierungsmitglieder für das Komitee aufgetreten, u.a. an einem Benefizanlass. Es stellt sich aber insbesondere die Frage, ob mit Steuergeldern Staatspropaganda betrieben wird.

Ich bitte die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Regierung Gelder an das bei der CVP beheimatete Komitee «Ja zu Zukunft St.Gallen» gesprochen?
2. Hat die Regierung für weitere Abstimmungsaktivitäten zugunsten des Zukunftsfonds Gelder gesprochen?
3. Aus welchen Konten und in welcher Kompetenz sind diese Gelder geflossen?»

4. November 2004